BLAUE POST BAUTZEN

www.afdbautzen.de Oktober 2021

Liebe Bürger des Landkreises Bautzen,

auf diesem Weg möchte ich mich herzlich bei Allen, die mich wieder zu ihrem Wahlkreisabgeordneten gewählt haben, bedanken. Mein Dank gilt vor allem jenen, die mich im Wahlkampf unterstützt haben, sei es durch Wahlkampfspenden, ohne die wir unseren Wahlkampf nicht in dieser Form hätten führen können oder in aufopfernder Weise dafür gesorgt haben, dass unsere Anliegen per Zeitung, Flugblatt und Plakat unseren Wählern näher gebracht wurden. Während des Aufhängens von Plakaten und vor allem während des Austeilens von Zeitungen und Flugblättern habe ich viele Gespräche geführt.

Sehr oft kam die Verwunderung zum Ausdruck, dass ich mich als Abgeordneter selbst, in Wanderkleidung und mit Umhängetasche ausgerüstet, an der Verteilung unserer Informationsmaterialien beteilige, weil man das so von Abgeordneten nicht kenne. Aber nur wer selbst vorangeht, wer selbst zig Kilometer beim Austeilen zurücklegt, kann dies guten Gewissens auch von seinen Unterstützern erbitten.

Bei meiner Bewerbung als Kandidat für den Deutschen Bundestag habe ich gesagt: „Wir können das Land nicht vom Sofa oder vom Bürosessel aus wieder auf Kurs bringen! Wir müssen auf der Straße mit den Menschen reden und sie von unseren Zielen und guten Lösungsansätzen überzeugen." Offensichtlich ist mir dies in den letzten 4 Jahren gelungen. Die nächsten 4 Jahre werden entscheidend für Deutschland sein. Werden die Regierungsparteien, welche auch immer das sein werden, den Weg der weiteren Aushöhlung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung weiterbeschreiten?

Werden Sie die für Bürger und Industrie katastrophale Energiewende weiterführen oder kommen Sie zur Vernunft, bevor unser Wirtschaftssystem vollends aus den Fugen gerät. Die Energiewende ist zum Scheitern verurteilt, da sie mit den derzeitigen und in naher Zukunft zur Verfügung stehenden und von den Altparteien präferierten Technologien nicht machbar ist. Die Frage ist, ob die Ideologen solange das Sagen haben, bis Millionen von wertschöpfenden Arbeitsplätzen vernichtet sind, bis der Großteil der Wirtschaft Deutschland verlassen hat oder Pleite ist und unsere Umwelt irreparabel geschädigt ist oder ob wir die verantwortlichen Politiker vorher zur Umkehr bewegen können. Gerade für die Lausitz ist es wichtig, dass der Kohleausstieg erst dann vollzogen wird, wenn verlässliche, grundlastfähige Stromerzeugungsformen zur Verfügung stehen, wenn Industriebetriebe den Wegfall von 25.000 hochwertschöpfenden Arbeitsplätzen kompensieren können.

Das wird neben der Wiederherstellung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung durch Aufhebung aller Corona-Zwangsmaßnahmen mein vorrangigstes Ziel sein.

Karsten Hilse, MdB

Wehret den Anfängen

Seit dem 11.10.2021 sind Schnelltests, die natürlich gar nicht in der Lage sind, eine Infektion mit SARS-Cov 2 nachzuweisen, nicht mehr kostenlos. Ab November soll es bundeseinheitliche Regeln geben, dass Arbeitnehmer im Falle einer angeordneten Quarantäne keine Lohnfortzahlung erhalten. Dabei ist es vollkommen egal, ob er wegen eines positiv Geimpften in Quarantäne muss. Geimpften wird die Lohnfortzahlung gewährt. In Restaurants, Theatern und Kinos gilt die sogenannte 3G-Regel. Diese bedeutet nicht etwa gesund, gewaschen, gut angezogen, wie man es in früheren Zeiten für angemessen hielt, wenn man eine dieser Lokalitäten besuchte, sondern geimpft, genesen oder getestet. Dem RKI und allen politischen Entscheidungsträgern ist bekannt, dass auch Geimpfte das Virus weitergeben können. Trotzdem werden nur Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen oder können, gezwungen, sich testen zu lassen. Noch übler ist die sogenannte 2G-Regel, die Betreiber der oben genannten Freizeiteinrichtungen auffordert, nur noch Geimpften und sogenannten Genesenen Eintritt zu gewähren. Belohnt würde man dann dafür, indem man Abstandsregeln nicht mehr einhalten müsste und somit mehr Umsatz generieren könnte. Wenn man den Virus für so gefährlich halten würde, wäre gerade die 2G-Regel vollkommen kontraproduktiv. Nach einer sogenannten 2G-Party wurden 85 Menschen positiv auf SARS COV 2 getestet. Dass man nach diesen Erfahrungen nicht sofort eine Änderung der Regeln vorgenommen hat, zeigt sehr deutlich, dass die Verantwortlichen selbst wissen, dass SARS COV 2 eben kein Killervirus ist, wie man den Menschen fast jeden Tag einzureden versucht. Auch die neue SPD-Fraktion im Bundestag weiß das genau. Sonst hätten sie keine Jubelaufnahmen im Bundestag aufgenommen, bei der alle Abgeordneten dicht gedrängt standen und außer Kalle KEINE Maske trugen. Alle Maßnahmen, 3G, 2G und tägliches „An den Pranger stellen" wegen vermeintlich unsolidarischem Verhalten sollen den Druck auf die Menschen erhöhen, sich am größten Humanexperiment aller Zeiten mit ungewissem Ausgang zu beteiligen und diejenigen, die, aus welchen Gründen auch immer, eine Impfung nicht wahrnehmen wollen, aus der Gesellschaft auszuschließen. Dies erinnert in fataler Weise an die dunkelsten Zeiten unserer Geschichte, da auch damals ganze Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Leben ausgegrenzt wurden. Die von der Staatsregierung beschlossene 2 G-Regel ist aber nicht nur kontraproduktiv, sondern aus meiner Sicht auch strafrechtlich relevant. Sie fordert Betreiber von Restaurants, Kinos, Theater und weitere dazu auf, Willkürmaßnahmen gegen einen Teil der Bevölkerung zu ergreifen, um sie aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen und stört damit den öffentlichen Frieden in erheblichem Maße. Teil der Bevölkerung sind hier alle Menschen, die sich, aus welchem Grund auch immer, nicht mit einem Mittel, dessen Nebenwirkungen nicht vollständig und Langzeitfolgen gar nicht bekannt sind, impfen lassen wollen oder können. Damit erfüllt dies nach meinem Rechtsverständnis den Tatbestand des Paragrafen 130 StGB, in dem es heißt (gekürzt):

„Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. … gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit … zu einem Teil der Bevölkerung … zu … oder Willkürmaßnahmen auffordert oder

…

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Deshalb habe ich MP Kretschmer und alle Mitglieder der Staatsregierung, die an der Verabschiedung der 2 G-Regel beteiligt waren, am 17.09.2021 wegen Volksverhetzung angezeigt.

Karsten Hilse, MdB

Zur Wahl

Der neue Bundestag ist gewählt. Im schwierigen Umfeld aus Ungleichbehandlung, Behinderung, Hass & Hetze ist der AfD der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag gelungen. Das zweistellige Ergebnis bestätigt, was bereits die Landtagswahl in Sachsen 2019 zeigte: Wir sind gekommen, um zu bleiben.

All unseren Wählern gilt mein herzlicher Dank für das Vertrauen! Ebenso danke ich allen Mitgliedern und Unterstützern unserer Partei für ihren unermüdlichen Einsatz während des Wahlkampfes, ohne den unser Erfolg undenkbar wäre!

Sie alle haben dazu beigetragen, dass unsere Direktkandidaten zehn von sechzehn Direktmandaten erringen konnten. An dieser Stelle sei besonders erwähnt, dass auch der „Ostbeschimpfungs-Beauftragte" Wanderwitz (CDU) sein Direktmandat an unseren Mike Moncsek verlor.

Auch bei dieser Bundestagswahl erwies sich die AfD als stärkste Kraft in Sachsen. Diese Stellung haben wir bei Arbeitern und Arbeitslosen ausgebaut. Ebenso erfreulich ist der große Zuspruch seitens der jungen Wähler. Die Hochburgen der sächsischen AfD liegen in Ostsachsen und im Erzgebirge, wie auch der Wählerzuspruch für uns im ländlichen Raum besonders groß ist.

Trotz aller Freude über den Erdrutschsieg bei den Direktmandaten sollten wir nicht verkennen:

25% der 3,2 Millionen Wahlberechtigten wählten **nicht**.

Die Mehrheit derjenigen, die wählten, hat mehr oder weniger für eine Politik des „Weiter so" gestimmt. Wohin diese Politik führt, erleben wir in diesen Tagen hautnah an Tankstellen und Supermarktkassen. Diese Beispiele sind nur das Brennglas für sich ankündigende, bislang ungeahnte Wohlstands- und somit Freiheitsverluste.

Ein weiterer Wermutstropfen: Die AfD erhielt 63.000 Stimmen weniger als 2017. Während wir in drei Landkreisen (Erzgebirge, Nordsachsen, Chemnitzer Umland) unser Ergebnis ausbauten, verloren wir in 13 Landkreisen bzw. Städten Stimmen.

Nach wie vor wählen deutlich mehr Männer als Frauen die AfD.

In den kommenden Wochen werden wir sowohl unseren Wahlkampf als auch die Wahlergebnisse analysieren, um unsere Arbeit zu verbessern und die AfD noch erfolgreicher zu machen. Für uns in Sachsen heißt das, bei der Landtagswahl wie auch den folgenden Wahlen Ergebnisse von über 30% anzupeilen. Dazu benötigen wir auch Ihre Hilfe. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, noch mehr Bürger von unserem Programm zu überzeugen und für die AfD zu gewinnen.

Ich verspreche, dass wir weiterhin – als die derzeit einzige Partei in den Parlamenten – den Altparteien die Stirn bieten und politische Alternativen für die Rückkehr Deutschlands in die Erfolgspur aufzeigen werden.

Jörg Urban, Landesvorsitzender AfD Sachsen

Energiekrise verhindern!

Auf Deutschland und Europa kommt in diesem Winter eine Energiekrise zu, wie wir sie seit der Ölkrise nicht mehr erlebt haben. Das hat zur Folge, dass die Energiepreise sich vervielfachen werden und die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, wenn durch die Regierung nicht eingegriffen wird.
Schon das Jahr 2020, aber erst recht das Jahr 2021 haben gezeigt, dass die sogenannten erneuerbaren Energien nicht in der Lage sind, Deutschland sicher mit Strom zu versorgen. Im ersten Halbjahr 2021 war die Kohle bei der Stromversorgung mit 56 % beteiligt. Es nützt auch nichts, wenn der Ausbau von Windindustrieanlagen massiv betrieben würde. Wenn der Wind nicht weht, produzieren diese einfach keinen Strom. Gegen physikalische Gesetze kommen selbst die grünen Realitätsverweigerer nicht an.
Am 07.10.2021, um 22:06 Uhr stand Deutschland zum wiederholten Male vor dem Zusammenbruch des Stromnetzes. Ca. 2.500 Megawatt standen nicht zur Verfügung.
Die über 110 GW installierte Leistung sogenannter Erneuerbarer lieferten weniger als 1 ! GW, gegen 08:00 Uhr 0,2 ! GW, 0,2 GW von 110 GW installierter Leistung!
Wir fordern deshalb, die für diesen Winter geplante Stilllegung von drei Kernkraftwerken auszusetzen, alle verfügbaren Kapazitäten an Kohlekraftwerken wieder ans Netz zu bringen und alle stillgelegten Kohlekraftwerke, die technisch geeignet sind, in den Reservebetrieb zu nehmen. Wir werden zu diesen Forderungen kurzfristig Anträge ins Plenum einbringen und diese zur Abstimmung stellen. Alle, die diese Anträge ablehnen, werden für die massiven Schäden an unserer Infrastruktur und die möglicherweise zu beklagenden Todesopfer im Falle eines Blackouts verantwortlich sein.
Des Weiteren werden wir beantragen, die CO2-Steuer zur Entlastung der Bürger und als Gegenreaktion auf die explodierende Inflation auszusetzen, da hunderttausende Bürger sich die hohen Kosten einfach nicht mehr leisten können.
Vielen Menschen ist nicht bewusst, was es bedeutet, mehrere Tage ohne Strom, ohne Wasser, ohne frische Lebensmittel, ohne Benzin

und ohne ausreichende medizinische Versorgung auskommen zu müssen. Tausende Tote und zig Milliarden Euro Schäden wären die Folge.
Dass wir uns in der heutigen Zeit überhaupt über Blackouts Gedanken machen müssen, ist ein Hohn für eine Industrienation und der grünsozialistischen Politik aller Altparteien geschuldet, die lediglich der Lobbyinteressen der Wind- und Solarstrombranche und der rücksichtslosen Ausplünderung der Menschen dient.

Karsten Hilse, MdB

Kernenergie ist nachhaltig!

Die Kernkraft erlebt dank enormer technologischer Fortschritte weltweit eine Renaissance. Moderne Kernkraftwerke werden immer sicherer und die Lagerung nuklearer Reststoffe in geologischen Zeiträumen entfällt perspektivisch, denn aussichtsreiche neue Konzepte sehen dessen vollständige Wiederverwertung vor.
Mittlerweile sind auch viele EU-Länder zu der Erkenntnis gelangt, dass die geplanten Ziele der CO2-Reduktion nur mit der Kernenergie erreichbar sind.
Und Deutschland?
Der ehemalige Spitzenreiter bei Kernforschung und Reaktorbau hat sich zur kernenergiefeindlichen Zone entwickelt. Das hat seinen Preis: Während in Frankreich (dank Kernenergie) für eine Kilowattstunde acht Mal weniger Co2 erzeugt wird als hierzulande, kostet dort die Kilowattstunde 19 Cent. In Deutschland sind es 32 Cent – Tendenz steigend!
All dies müssen wir auch im Kontext zu den Aktivitäten der EU betrachten, die seit Jahren konkrete Schritte zur Umsetzung eines auf – wie auch immer – verstandene „Nachhaltigkeit" fixierten ordnungspolitischen Rahmens anstrebt. Dafür wurde der verschwommene Begriff der „EU-Taxonomie"* geprägt, in dessen Folge der Aktionsplan „Nachhaltiges Finanzwesen" ins Leben gerufen.
Trotz des Widerstandes von Umweltverbänden und Wissenschaftlern wurden alle „erneuerbaren" Energieerzeugungsformen in die Taxonomie aufgenommen – die Kernenergie jedoch nicht.
Das verwundert angesichts der deutlichen Empfehlung seitens der Internationalen Energieagentur und des Weltklimarats zum Bau von Kernkraftwerken - wegen deren besonderen „Nachhaltigkeit".
Frankreich und sechs weitere Länder drängen nun darauf, die Kernenergie zum Teil der EU-Taxonomie werden zu lassen. Deutschland hingegen stellt sich, gemeinsam mit Spanien, Österreich, Dänemark und Luxemburg (das pikanterweise nur 14% seines Strombedarfs selbst produziert), dagegen.
Doch dem französischen Vorstoß ist zumindest ein Teilerfolg beschieden: Die EU-Kommission gab am 21.4.21 bekannt, die Aufnahme der Kernenergie- und Erdgasnutzung zur Energieherstellung, in die EU-Taxonomie zu prüfen.
Dies veranlasste die AfD im Sächsischen Landtag (Drs. 7/6896), die Staatsregierung zur Unterstützung des EU-Vorstoßes auf Bundesebene aufzufordern. Die Ablehnung seitens der Regierungsfraktionen und der LINKEN dokumentiert einmal mehr deren wirtschafts- und energiepolitische Geisterfahrerei.
Gleichwohl wird sich die AfD weiterhin für Technologieoffenheit in der Energieerzeugung einsetzen, denn die gegenwärtige „Energiewende" auf Basis von Sonne und Wind ist eine Sackgasse.

Jan Zwerg
Generalsekretär AfD-Landesverband Sachsen

*Dass es sich dabei um die Einführung einer Öko-Plan- bzw. Lenkungswirtschaft durch die Hintertür handelt, kann hier nur am Rand erwähnt werden.

Ausstieg aus der Kernenergie stoppen

Die Kernenergie wird auch vom Weltklimarat als saubere Energie bezeichnet. Sie ist CO2 - arm, umweltfreundlich, grundlastfähig, hat eine höhere Energiedichte als Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen und eine noch viel höhere im Vergleich zu den Quellen von Wind- und Photovoltaik-Strom. Kernenergie ist darüber hinaus ressourcenschonend. Kernenergiekraftwerke sind die sichersten Kraftwerke zur Stromerzeugung. Auch das Problem der Endlagersuche ist eine politische Entscheidung und wird gelöst.

Die noch bei der Energiebereitstellung in Deutschland aktiven 6 Kernkraftwerke haben eine Bruttoleistung von 8540 MWe und sind an der derzeitigen Netto-Stromerzeugung mit einem Anteil von 12,5 % beteiligt. Im Vergleich: Braunkohle (18,8 %) und Steinkohle (9,3%.)

Die Nettostromerzeugung zur öffentlichen Stromversorgung ist der Strommix, der aus der Steckdose kommt und an der Strombörse gehandelt wird. Witterungsbedingt ging die Stromgewinnung aus den volatilen und somit unzuverlässigen erneuerbaren Energien aus Wind und Photovoltaik von 75,8 Terawattstunden auf 57 Terawattstunden im 1. Quartal 2021 zurück, Kohle und Gas legten zur Absicherung des Strombedarfes im Vergleich zum ersten Quartal 2020 dagegen deutlich zu.

Besonders, wenn man der CO2-Theorie folgt, ist einfach nicht verständlich, warum man CO2 arme Kernenergiekraftwerke nach dem Atomgesetz (AtG) zum 31.12.21 und zum 31.12.22 abschaltet.

Deutschland sollte den übereilten Ausstieg aus der Kernenergie beenden und die noch vorhandene 6 Kernenergie Kraftwerke weiter am Netz lassen.

Als erstes sollte die Betriebserlaubnis der Kernenergiekraftwerke, die am 31.12. 2021 ausläuft, um ein 1 Jahr verlängert werden und danach sollte der Ausstieg aus dem Atomausstieg veranlasst werden.

Außerdem sollte wieder an neuen Technologien der Kernenergieerzeugung und auch der Kernfusion intensiv geforscht werden. Dann würde Deutschland wieder am technologischen Fortschritt in der Welt teilnehmen.

Dipl.-Chem. Ing. Gundolf Göbel
Stadtrat der Stadt Wilthen

Wie ***wir*** die Rente sicher machen

„Die Rente ist sicher" verkündete Ende der 90er Jahre plakativ der damalige Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm (CDU). So sicher, dass die Regierung das Volk auf eine Rente ab 68 Jahren einstimmt. Es gibt viele Berufsgruppen – ich denke da z.B. an den Gerüstbauer oder die Altenpflegerin - deren Angehörige unmöglich bis zu diesem Alter arbeiten können.

Das deutsche Rentenniveau ist laut OECD mittlerweile auf 52 Prozent des früheren Einkommens gesunken und liegt damit deutlich unter dem Durchschnitt aller Industriestaaten. Im Nachbarland Österreich beispielsweise erhalten die Rentner nach 45 Arbeitsjahren fast 90 Prozent. Oder schauen wir nach Italien und Frankreich, wo die Senioren bereits mit 62 in den Ruhestand gehen und üppige 92 bzw. 73 Prozent ihres früheren Gehalts als Rente beziehen.

Zudem droht den Deutschen massive Altersarmut. Das Modell der Riester-Rente, mit der die Rentenabsenkung der letzten Jahrzehnte ausgeglichen werden sollte, ist laut Süddeutscher Zeitung „völlig gescheitert". Nun frisst auch noch die Inflation, gepaart mit ideologisch motivierter staatlicher Preistreiberei bei den Energie- und Kraftstoffpreisen, das mühsam fürs Alter Ersparte auf.

Ist also – auch mit Blick auf den demographischen Hintergrund – die entwürdigende und ungerechte Rentenpolitik der Altparteien alternativlos?

Keineswegs!

Die AfD hat auf ihrem Sozialparteitag im Frühjahr 2021 ihr Rentenkonzept vorgestellt. Es bekennt sich zur Stärkung des umlagefinanzierten Systems und sieht vor, die drohende Überlastung der Beitragszahler durch einen höheren Steuerzuschuss zu verhindern. Wer dabei an Steuererhöhungen denkt, irrt. Wir möchten diesen Zuschuss vielmehr durch konsequente Streichung ideologischer Politikmaßnahmen in der Migrations-, Klima- und EU-Politik ermöglichen.

Weitere Eckpunkte unseres Konzepts sind Freiheit beim Renteneintritt, Herstellung von Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen, Abschaffung von Politikerpensionen, Zurückführung des Beamtenstatus auf grundsätzlich hoheitliche Aufgaben, Abschaffung der verfassungswidrigen Doppelbesteuerung von Rentnern durch Erhöhung des Steuerfreibetrags und die Beseitigung von Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten.

Leistungsgerechtigkeit bedeutet für uns, wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, soll auch bei geringerem Einkommen bessergestellt sein als diejenigen, welche weniger eingezahlt haben. Die AfD will das erreichen, indem 25% der Altersrente nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden. So wird Altersarmut verhindert oder zumindest deutlich eingeschränkt.

Jörg Urban
Landesvorsitzender AfD Sachsen

Keine Bahn-Elektrifizierung Bischofswerda nach Zittau

Ministerpräsident Michael Kretschmer und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer haben am 23. September 2021 im Beisein von Wirtschafts- und Verkehrsminister Martin Dulig eine Absichtserklärung zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) zu wichtigen Schienen- und Straßenprojekten im Freistaat Sachsen unterzeichnet.

Die Absichtserklärung beschreibt das weitere Vorgehen zu den Verkehrsprojekten Schienenverbindung Dresden – Bautzen – Görlitz – Grenze D/PL (– Zittau).

Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen:
„Auf meine heutige Nachfrage im Landtag gab die Staatsregierung zu, dass es keine Elektrifizierung der Strecke Bischofswerda - Zittau - Liberec geben wird.
Die Absichtserklärung von Bund und Land bezieht sich lediglich auf die Strecke Dresden- Görlitz.
Die Antwort von Staatsminister Dulig ist enttäuschend. Nicht nur für das ganze Oberland, sondern für alle Städte und Kommunen, die an dieser Strecke liegen. Warum es zu keiner Elektrifizierung der Bahnstrecke Bischofswerda - Zittau - Liberec kommen wird, wurde nicht beantwortet. Danach werde ich mich aber mit Kleinen Anfragen erkundigen.
Es ist nicht akzeptabel, dass der südliche Teil der Oberlausitz von der Elektrifizierung ausgeschlossen wird. So sieht keine Stärkung des ländlichen Raumes aus. Somit wird es weiterhin ein Traum bleiben, dass Bautzener Oberland als S-Bahn-Strecke zu nutzen."

Frank Peschel, MdL

CDU-SPD-Grüne Koalition beschloss Mittelkürzung für Straßenbau

Die CDU-SPD-Grüne Koalition hat im Mai 2021 eine massive Kürzung von Finanzmitteln für den Straßenbau beschlossen. Ende Juli informierte Staatsminister Dulig (SPD) die Landräte und Oberbürgermeister über die zukünftige Vergabe von Geldern. Zahlreiche Fördersätze wurden auf 50 Prozent reduziert. Weiter teilte die Staatsregierung mit, dass alle Anträge zu sonstigen Innerortsstraßen nicht bewilligt und an die Antragsteller zurückgesandt werden.
In einem offenen Brief wandten sich nun zahlreiche Bürgermeister aus dem Bautzener Oberland an die Landtagsabgeordneten der Wahlkreise 52 und 56 im Landkreis Bautzen und fordern, dass „Straßenbauvorhaben in Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes auch zukünftig umsetzungsfähig sind."
Dazu kommentiert Frank Peschel, Landtagsabgeordneter für das Bautzener Oberland und Bischofswerda.
„Mich erreichten zum Thema „Ausgestaltung der Förderung des kommunalen Straßen- und Brückenbaus in den Jahren 2021 und 2022" zahlreiche verärgerte Anrufe. Ich kann den Unmut, die Wut und die Unzufriedenheit vieler Bürgermeister verstehen. Die massiven Kürzungen im Straßenbau sind jedoch das Ergebnis der CDU-SPD-Grüne Regierung. Sie haben im Sächsischen Landtag die massive Kürzung der Gelder selbst beschlossen. Die Auswirkungen werden bereits in wenigen Monaten sichtbar sein, wenn die jetzt bereitgestellten Gelder aufgebraucht sind. Die Kommunen sind nicht in der Lage, aus Eigenmitteln den Straßenbau innerorts zu finanzieren.
Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag lehnte die Kürzungen ab und reichte einen eigenen Antrag (Drs7/6410) dazu ein, welcher eine starke Mittelerhöhung vorsah. Der AfD-Antrag wurde wie immer abgelehnt. Die Mittelkürzung zeigt einmal mehr, welche Priorisierung der ländliche Raum für die CDU-SPD-Grüne Koalition in Dresden hat. Diese Einsparungen treffen unsere Kommunen sehr empfindlich und sind vor allem unverantwortlich. Wenn jetzt keine Erhaltungsmaßnahmen umgesetzt werden können, dann werden spätere Sanierungsarbeiten umso teurer, welche der Steuerzahler tragen muss. Die AfD-Fraktion wird auch weiterhin gegen die Kürzungen kämpfen und eigene Anträge diesbezüglich einreichen."

Frank Peschel, MdL

Spendenkonto:
Alternative für Deutschland
KV Bautzen
Bank:
OSK Dresden
IBAN:
DE16 8505 0300
0225 7855 52

Betreff: Kreisverband Bautzen Spende

Impressum:
Alternative für Deutschland
Kreisverband Bautzen
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Karsten Hilse
Karl-Marx-Straße 15
02625 Bautzen
Tel.: 03591 5328336
info@afdbautzen.de
www.afdbautzen.de

Druck:
Druckhaus Scholz GmbH
Pforzheimer Platz 8
02977 Hoyerswerda

Aus dem Parteiprogramm zur Bundestagswahl
Brauchtum und Gedenken

Brauchtum wirkt identitätsstiftend und gemeinschaftsbildend. Deshalb wollen wir unser Brauchtum und unsere Mundarten pflegen, wozu lokale Kulturvereine einen wichtigen Beitrag leisten. Das Leid der Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden.
Baudenkmäler und heimische Architektur prägen Heimatgefühl und kulturelle Identität. Die Schönheit historischer Innenstädte muss bewahrt und bei Bedarf durch Rekonstruktionen wiederhergestellt werden.
Die deutsche Geschichte ist in ihrer Gänze zu würdigen. Die offizielle Erinnerungskultur darf sich nicht nur auf die Tiefpunkte unserer Geschichte konzentrieren, sie muss auch die Höhepunkte im Blick haben. Ein Volk ohne Nationalbewusstsein kann auf die Dauer nicht bestehen.
Die AfD setzt sich gegen die Schmähung des Deutschen Kaiserreichs ein, das unzutreffend als rückständiger Unrechtsstaat diffamiert wird. Noch heute zehren wir in der Bundesrepublik von den kulturellen, technologischen und wirtschaftlichen Errungenschaften des Kaiserreichs.
Wir wenden uns gegen die zunehmend aggressiven Versuche einer ideologisch geprägten, moralisierenden Umdeutung der Geschichte, die sich an der Schleifung von Denkmälern und Umbenennung von Straßen festmacht.
Die Aggressivität, die sich mittlerweile gegen das Kaiserreich wie auch gegen die Denkmäler Bismarcks und der deutschen Kaiser richtet, gilt nicht nur diesem vergangenen Staat, sondern der deutschen Nation an sich.
Die Debatte um eine angeblich notwendige „Dekolonisierung“ unserer Kultur, die mit einer Verteufelung des „weißen Mannes“ einhergeht, stellt das Selbstverständnis unserer kulturellen Identität insgesamt infrage.
Die AfD stellt sich als einzige politische Kraft dieser Demontage unserer historisch-kulturellen Identität entgegen.
Die sogenannte “Critical Race Theory”, wonach Rassismus gegen Weiße nicht möglich sei, lehnen wir ab.

Die AfD wendet sich auch gegen eine pauschale Rückgabe von Sammlungsgütern aus kolonialen Kontexten. Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, den Beschluss des Bundestages, ein Mahnmal und ein Informationszentrum für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu errichten, endlich umzusetzen.

Bürgerinformation beschlossen - Heimlichtuerei ade

Zur Information der Öffentlichkeit und Transparenz der Ratsarbeit hatten wir den Antrag auf Veröffentlichung öffentlicher Beratungsunterlagen und Niederschriften im Ratsinformationssystem (RIS) gestellt - unverzüglich und auch rückwirkend seit Einführung des RIS (vollständiger Antrag siehe: www.AfD-Stadtrat-Pulsnitz.de).
Hintergrund: Pulsnitz nutzt seit 2012 ein Ratsinformationssystem, unterlässt jedoch als einzige von insgesamt 8 Gemeinden im Landkreis, die ein Ratsinformationssystem (RIS) nutzen und dem Landkreis selbst, die Bürgerinformation – u.E. ein langjähriger Mangel, den es galt zu beheben.
Der sofortigen Umsetzung haben die anwesenden Stadträte in der Ratssitzung am 16.09.2021 mehrheitlich zugestimmt - die Veröffentlichung ist damit beschlossen, der langjährige Mangel für die Zukunft behoben und eine wirksame Interessenvertretung der Bürger u.E. damit überhaupt erst möglich.
Die rückwirkende Umsetzung dagegen wurde mehrheitlich abgelehnt.
Damit bleibt Pulsnitz die einzige Gemeinde im Landkreis, die seit Jahren ein RIS nutzt, ihren Bürgern rückwirkend seit Einführung bis heute öffentliche Beratungsunterlagen und Protokolle jedoch vorenthält. Und zwar, obwohl die Veröffentlichung der Protokolle bereits durchgängig gewährleistet war, klammheimlich rückgängig gemacht wurde und obwohl Bürgermeisterin Barbara Lüke deren Wieder-Veröffentlichung bereits zweimal in öffentlicher Sitzung zugesagt hatte.
Unbenommen davon bleiben öffentliche Unterlagen und das Recht auf Einsichtnahme besteht.
Fazit: Wir freuen uns, dass nun für Transparenz gesorgt ist und unsere Bürger die Möglichkeit erhalten sich unkompliziert und zeitgemäß zu informieren – schließlich ist der Stadtrat kein Geheimrat.

Angelika Ebisch, Stadträtin

www.Afd-Stadtrat-Pulsnitz.de

Über fehlgeleitete Strukturen

Eine Versammlung von Kultusminister Piwarz in Steina, kann unmissverständlich als Wahlkampfveranstaltung für die CDU zur Kenntnis genommen werden. Wie wir nun wissen, ohne Erfolg.
Die Leser der Pressemeldung im Oberlausitzer Kurier, wie auch im Mitteilungsblatt reiben sich verwundert die Augen. Was hat der Ort Steina mit der Kohleförderung zu tun?
Nun möchte ich hier nicht falsch verstanden werden. Für unsere Kinder und Jugendlichen ist das Beste nicht zu teuer, denn sie sind unsere Zukunft, aber statt einem Personalmangel den Unterricht in Musik und Sport zu reduzieren, ist das Vermitteln der Wertschätzung gesellschaftlicher Werte und eines optimalen Wissens wichtiger.
Zum Ärger vieler Bürger werden Graffiti-Projekte vom Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit aus unserem Steuergeld gefördert. Hier fehlt es zweifellos nicht nur an Pädagogen, sondern auch an der pädagogischen Ausbildung unseres Kultusministers.
Um Kindern, Eltern und Gemeinderäten etwas Gutes zu tun und von einem Bürokratiemonster zu befreien, schlage ich vor, für ganz Sachsen einen einheitlichen Elternbeitrag für den Kindergarten festzulegen.

Waltraut Schmidt, AfD-Mitglied

Bautzener Demokratiegelder für finanzielle Unterstützung nutzen

Benzin und Diesel sind in Deutschland im Oktober so teuer wie seit achteinhalb Jahren nicht. Hinzu kommen Rekordpreise bei Strom und Gas sowie die Erhöhung von Kita-Gebühren in der Stadt Bautzen. Diese massiven Mehrkosten können viele arbeitende Bürger und Familien in Bautzen bald nicht mehr bezahlen.

Daher fordern die beiden AfD-Mitglieder des PfD-Beirates Frank Peschel und Oliver Helbing, dass die noch freien Gelder für Bürger und Familien eingesetzt werden sollen, welche unverschuldet in Not geraten.

So erklärt Frank Peschel: *„Die Argumentation, dass die Mittel zweckgebunden sind, ist vollkommen inakzeptabel. Wer Demokratie wirklich will, muss sich sofort von ideologischen „Demokratieprojekten" verabschieden und den Bürgern helfen, welche durch die massiven Preissteigerungen bei Strom, Gas und Treibstoffen, kaum noch ihre Lebenskosten bezahlen können. Betroffen sind vor allem Bürger aus der unteren Mittelschicht, welche keine soziale Absicherung wie Hartz IV–Empfänger erfahren. Diese Menschen leisten aber täglich ihren Beitrag in der Zivilgesellschaft und zahlen Steuern. Auch wenn nicht vollumfänglich Hilfe geleistet werden kann, so ist es ein wichtiges Signal: Soziale Unterstützung unserer Bürger geht vor Ideologieprojekte!"*

Oliver Helbing ergänzt: *„Die AfD hat schon mehrfach auf die Auswirkungen der staatlichen Corona-Zwangsmaßnahmen hingewiesen. Nun kommen die massiv steigenden Energie- und Benzinpreise noch hinzu. Wer den sozialen Frieden in Bautzen nicht gefährden will, muss nun Sachpolitik betreiben und die arbeitende Bevölkerung unterstützen. Die Auszahlung der freien PfD-Gelder könnte als Pauschalbetrag unkompliziert an Haushalte erfolgen, welche nachweislich in Bedrängnis geraten sind. Der Verwendungszweck ist: Förderung des Erhalts und Stärkung der Demokratie mit dem Ziel, die demokratische Teilhabe und zivilgesellschaftliche Konfliktregulierung zu stärken."*

Frank Peschel, MdL
Oliver Helbing, Stadtrat in Bautzen

Foto: sxc

Neubau Hallenbad Kamenz als Spaßbad

Sehr geehrter Herr Landrat,

der Presse war zu entnehmen, daß es unter Federführung des 1. Beigeordneten gelungen ist, zusammen mit der Stadt Kamenz das Hallenbad in Kamenz doch noch zum weiteren Spaßbad auszubauen.

Für unsere Fraktion ergeben sich deshalb folgende Fragen:

Welche Beschlüsse des Kreistages dienten als Verhandlungsgrundlage für das angesprochene Spaßbad/Hallenbad?

Welche Beschlüsse des Kreistages dienten als Verhandlungsgrundlage für eine gemeinsame Finanzierung mit der Stadt Kamenz als Spaßbad?

Welche Beschlüsse des Kreistages dienten als Verhandlungsgrundlage dafür, mit der Stadt Kamenz einen Zweckverband zum Bau und zur Betreibung des möglichen Spaßbades einzugehen?

Welche aktuellen Wirtschaftlichkeitsberechnungen (auch im Hinblick auf die festgestellte Corona-Pandemie) liegen dem Spaßbad-Projekt als Finanzierungsoption mit dem Landkreis als Grundlage vor?

Henry Nitzsche, Vorsitzender

Landrat Harig, handeln Sie jetzt!

Briefe sind genug geschrieben
Das Rosenthaler Wolfsrudel muss entnommen werden!

Die Oberlausitz hat mittlerweile die höchste Wolfsdichte in Sachsen, in Deutschland, in Europa und wahrscheinlich auch weltweit mit bisher 24 Wolfsrudeln. Die Tendenz ist weiterhin steigend.

Die Wald- und Ackerfläche in der Lausitz beträgt zusammen 3.148 qkm. Bringt man diese Fläche in Korrelation zu den bestätigten Wolfsrudeln, ergibt das eine Fläche von 131 qkm je Territorium.

Nach dem Massaker in Cannewitz im Juli schlägt das Rosenthaler Rudel erneut zu: Schafe wurden letzten Dienstag, den 05. Oktober in Miltitz durch das Dorf getrieben und bestialisch abgeschlachtet.

Das Bundesnaturschutzgesetz erlaubt es im § 45 a Absatz 2 **jetzt einzugreifen**, bis die Wolfsrisse ausbleiben:

… wenn Schäden bei Nutztierrissen keinem bestimmten Wolf eines Rudels zugeordnet worden sind, der Abschuss von einzelnen Mitgliedern des Wolfsrudels in engem räumlichem und zeitlichem Zusammenhang mit bereits eingetretenen Rissereignissen auch ohne Zuordnung der Schäden zu einem bestimmten Einzeltier **bis zum Ausbleiben von Schäden** fortgeführt werden darf.

Henry Nitzsche, Vorsitzender

Offener Brief zur Haushaltssatzung der Stadt Pulsnitz 2021

Sehr geehrte Frau Bürgermeister Lüke,
nun endlich besitzt die Verwaltung mit dem Beschluss vom 15. Juli dieses Jahres über den Haushalt für das Jahr 2021 und seiner Veröffentlichung in der Augustausgabe des Pulsnitzer Anzeigers die rechtliche Grundlage, das Steuergeld der Bürger „zum Wohle unserer Stadt" und der Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft recht- und planmäßig auszugeben. Im Stadtanzeiger und in anderen Medien wurde durch Sie über den Werdegang dieses grundlegenden Beschlusses berichtet. Allerdings zu den Gründen der Verzögerung und zu wichtigen Inhalten nicht richtig und auch nicht vollständig. Deshalb sehen wir uns veranlasst, einige Ihrer Aussagen richtig zu stellen. Gern hätten wir dies ebenfalls in unserem Pulsnitzer Anzeiger getan. Dies sei nach Ihren Aussagen jedoch nicht möglich...
Die Haushaltssatzung ist gemäß Sächsischer Gemeindeordnung jeweils bis spätestens Ende November des Vorjahres zu beschließen. Dies war insbesondere angesichts der größeren Vorhaben Rathaussanierung, Abriss der „Kante", Fertigstellung der Grundschule Oberlichtenau, von großer Dringlichkeit. Gegenüber dem Stadtrat erklärten Sie im Dezember 2020, dass die Aufstellung des Haushaltsplanes nicht möglich sei, da die Verwaltung u.a. noch keine Klarheit zum Stellenplan habe, obwohl bereits in der Sondersitzung vom 30. Juni 2020 dazu umfangreich beraten worden war. Im Februar 2021 behaupteten Sie gegenüber Stadtrat und Öffentlichkeit, dass der Haushaltsentwurf pandemiebedingt und durch verspätete Orientierungsdaten des SSG noch nicht vorgelegt werden könne und in den anderen Gemeinden und vom Kreis ebenso spät eingebracht werde.
Schließlich wurde der Entwurf im März 2021 in den Stadtrat eingebracht; im April stand er zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung. Festlegung dieser Sitzung war, dass der Haushaltentwurf zu überarbeiten und neu in den Stadtrat einzubringen ist. Sie selbst haben den Haushaltsentwurf zurückgezogen. Aufgrund fehlerhafter und daher zu wiederholender Offenlage konnte er erst in der Juli-Sitzung beschlossen werden.
Im Pulsnitz-Anzeiger vom Juli des Jahres schrieben Sie, dass der Stadtrat die Verwaltung mit ständigen Änderungsanträgen zum Haushalt handlungsunfähig stelle. Diese Darstellung ist – gelinde gesagt – unrichtig, ebenso wie Ihre Behauptungen, die Orientierungsdaten des Sächsischen Städte- und Gemeindetages hätten zu spät vorgelegen. Diese stammen vom 06.11.2020 und die Vorab-Information zu den Schlüsselzuweisungen vom 12.10.2020. Die rechtzeitige Vorlage des Haushaltsplanes war damit grundsätzlich möglich. So hat z.B. der Landkreis seinen Haushalt am 11. November 2020 vorgelegt; Großröhrsdorf seinen am 15.12.2020 beschlossen, Radeberg seinen Doppelhaushalt am 24.02.2021.
Es ging und geht immer darum, nach einer von der Verwaltung und den Stadträten verantwortbaren, rechtlich einwandfreien Haushaltssatzung handeln zu können. So sehr wir uns über die zugesagten Fördermittel von 4,2 Millionen Euro für die Rathaussanierung mitfreuen, ist klarzustellen, dass diese ebenso wie die 900.000 Euro Eigenmittel der Stadt an den Gesamtkosten von 5,1 Millionen ebenfalls Steuergeld und keine „Geschenke" des Staates sind. Deshalb war der Beschlussvorschlag, den wir zur Ausgabenkontrolle dieser Mittel zusätzlich zur Abstimmung brachten, von eminenter Wichtigkeit. Die im Stadtanzeiger und in anderen Medien von Ihnen lancierten Meinungen bezüglich angeblicher Kürzungsvorschläge einzelner Stadträte bei Investitionen und freiwilligen Leistungen, z.B. beim Walkmühlenbad, sind ebenfalls unrichtig. Insbesondere entsprechen sie in keiner Weise den Haushaltsvorstellungen der AfD-Fraktion!
Wir erlauben uns daher, Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, nochmals aufzufordern, die Rechtlichkeit unserer Zusammenarbeit auf der Grundlage der Sächsischen Gemeindeordnung zukünftig strikt zu gewährleisten und die Abläufe im Pulsnitzer Anzeiger und anderen Medien richtig und vollständig darzustellen.

Hochachtungsvoll
Dr. Frank Hannawald, Angelika Ebisch, Christian F. Schultze

Kleine Wappenkunde der Städte unseres Landkreises

Lohsa

Lohsa, obersorbisch, ist die flächengrößte Gemeinde im sächsischen Landkreis Bautzen in der Oberlausitz. Mehrere Seen des entstehenden Lausitzer Seenlands liegen teilweise oder ganz im Gemeindegebiet.
Seit 1992 hat Lohsa ein Wappen. Lohsa war früher ein von Sümpfen umgebener Ort (grüne Wellenlinie). Ursprünglich bestritten die Bürger ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch die Fischerei (blauer Fisch). Seit 1935 prägte der Bergbau das Landschaftsbild (Schlägel und Eisen). Heute werden auf dem Gebiet des Landschafts-, Umwelt- und Naturschutzes große Anstrengungen unternommen, um vorhandene Naturdenkmäler zu schützen, altes Tagebaugebiet zu rekultivieren, den Ort an Natur zu bereichern und diese Bestandteil des Ortsbildes werden zu lassen.
Im Rahmen der Rekultivierung entstanden Teiche, die wieder der Fischzucht dienen werden und bereits zu diesem Zweck vorbereitet werden (blauer Fisch). Der sorbische Name für Lohsa, Łaz bedeutet nach Jan Menschang: „Siedlung auf einem durch Rodung urbar gemachten Neuland." Deshalb steht im Zentrum des Wappens ein Baum (Kiefer).

Quelle: Wikipedia

NICHT INS ALTPAPIER!
Nach dem Lesen weitergeben.